



ZUKUNFTSQUOTE 2024

# WENIGER INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFT

## EDITORIAL

**Österreichs Finanzpolitik hat den Knall noch nicht gehört. Stark gestiegene Zinsen bereiten nicht nur jenen Menschen mit Hypothekenkrediten schlaflose Nächte. Auch die künftigen Finanzminister oder Finanzministerinnen Österreichs werden Sorgenfalten auf der Stirn bekommen. Als politischer Direktor des NEOS Lab betrachte ich die aktuelle Finanzpolitik jedenfalls mit Sorge, insbesondere im Hinblick auf die jüngsten Berechnungen zur Zukunftsquote im Bundeshaushalt 2024. Die Tatsache, dass die Zukunftsquote – ein entscheidender Indikator für zukunftsorientierte Investitionen – angesichts stark steigender Ausgaben hinter dem Vorjahr zurückbleibt, ist ein alarmierendes Signal.**

Die Befunde des NEOS Lab sind klar: Mit einer Zukunftsquote von 20,8 Prozent in der weiten Variante und 13,6 Prozent in der engen Variante entfernen wir uns wieder deutlich vom angestrebten Zielwert von 25 Prozent. Das bedeutet, dass nur ein Fünftel unseres Budgets in die Zukunft unseres Landes investiert wird – in Bildung, Forschung, Klimaschutz und die Gesundheit unserer Gesellschaft.

Investitionen in diese Bereiche sind aber die Grundsteine für eine lebenswerte Zukunft und unseren langfristigen Wohlstand, mit dem wir die Schulden auch zurückzahlen wollen. Dass die Zukunftsquote sogar leicht sinkt, während die Ausgaben – insbesondere im Bereich Pensionen – steigen, ist nicht nur eine verpasste Chance, sondern auch eine Hypothek auf die

kommenden Generationen. Wir müssen den Mut aufbringen, unsere Ressourcen umzuschichten und in die Bereiche zu investieren, die nachhaltiges Wachstum und sozialen Fortschritt ermöglichen.

Wir müssen den Fokus auf langfristige Politikziele legen und dürfen uns nicht von kurzfristigen Interessen leiten lassen. Das NEOS Lab empfiehlt, die Kriterien für zukunftsgerichtete Ausgaben zu schärfen, eine Ausgabenbremse für das Budget einzuführen und die Transparenz der Budgetführung zu erhöhen, damit jeder Euro dort investiert wird, wo er den größten Nutzen für die Zukunft bringt.

### Für ein zukunftsorientiertes Österreich

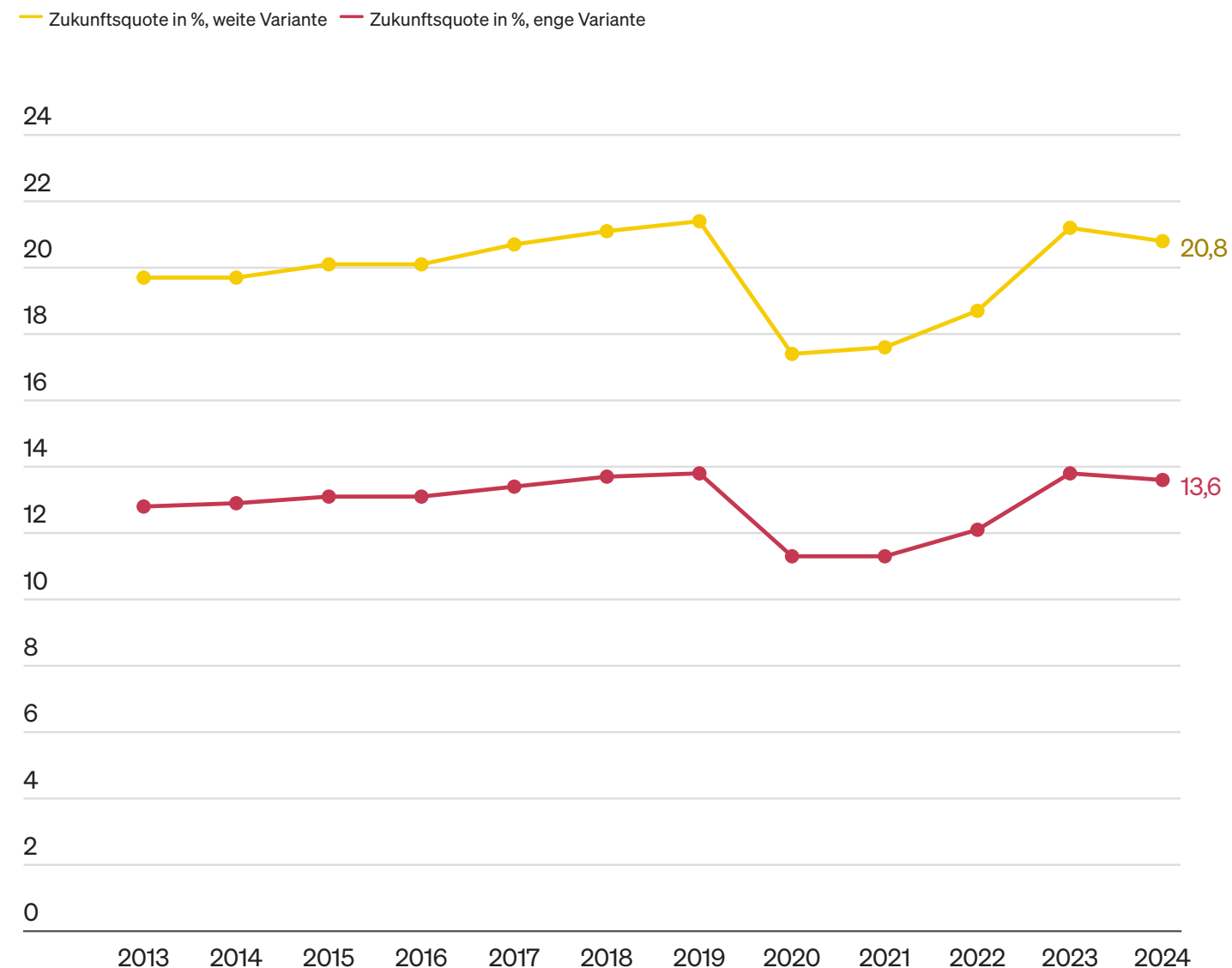
Lukas Sustala

# ZUSAMMENFASSUNG

- Zum dritten Mal hat das NEOS Lab die Zukunftsquote für den österreichischen Bundeshaushalt berechnet. Dieser Indikator, der vom deutschen Wirtschaftsforschungsinstitut ZEW entwickelt wurde, gibt an, welcher Prozentsatz des Budgets auf langfristige Politikziele ausgerichtet und welcher Anteil gegenwarts- oder vergangenheitsorientiert ist. Berechnet werden zwei Varianten der Zukunftsquote: eine weite und eine enge. In der engen Variante müssen mehr Kriterien erfüllt sein, damit ein Ausgabenposten für die Zukunftsquote berücksichtigt wird. Die weite, vom ZEW präferierte, Variante ist weniger restriktiv und wertet mehr Ausgaben als zukunftsgerichtet.
- Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick: In der weiten Variante liegt die Zukunftsquote 2024 bei 20,8 Prozent. Zwar gibt es durchaus Investitionen in zukunftsorientierte Bereiche wie Klimaschutz, Forschung und Elementarpädagogik. Da die Ausgaben (u.a. bei den Pensionen) insgesamt aber sehr stark steigen, sinkt die Zukunftsquote gegenüber 2023 wieder leicht. Sie ist damit auch weiterhin niedriger als in den Vor-Pandemiejahren. In der engen Variante geht die Zukunftsquote von 13,8 Prozent im Jahr 2023 auf 13,6 Prozent im Jahr 2024 zurück.
- Die Zukunftsquote ist damit nach wie vor weit von der 25-Prozent-Marke entfernt, die das Lab als Zielwert vorschlägt.

## Die Zukunftsquote geht 2024 wieder etwas zurück

Prozentsatz des Bundesbudgets, der für zukunftsgerichtete Bereiche ausgegeben wird



# WAS DIE ZUKUNFTSQUOTE MISST

Der Budgetindikator „Zukunftsquote“ wurde vom deutschen Wirtschaftsforschungsinstitut ZEW (Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung) entwickelt und war Vorlage für das NEOS Lab, das nun zum dritten Mal die Zukunftsquote für den österreichischen Bundeshaushalt ermittelt hat. Ziel ist es zu bewerten, wie zukunftsgerichtet der Staat Geld ausgibt.

Die Kennzahl identifiziert vor allem jene Ausgaben, die einen Beitrag zur Mehrung von Humankapital, Naturkapital und technischem Wissen leisten. Dazu zählen vor allem:

- › **Maßnahmen gegen den Klimawandel**, weil diese zur Erhaltung oder Verbesserung des Naturkapitals beitragen.
- › **Fortschritte in der frühkindlichen Bildung**, da sie Einfluss auf die späteren Arbeitsmarktchancen der Kinder haben und ein gutes Kinderbetreuungssystem die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtert.
- › **Forschungsausgaben (v.a. im Bereich Grundlagenforschung)**, weil sich diese positiv auf den Wirtschaftsstandort und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und somit auf die Exportchancen für Hochtechnologie auswirken.

Im Umkehrschluss zeigt die Zukunftsquote, welcher Budgetanteil eine Gegenwarts- oder Vergangenheitsorientierung aufweist.

Um eine möglichst detaillierte Analyse der Staatsausgaben durchführen zu können, wurden **rund 460 Detailbudgets zweiter Ebene des Bundeshaushalts ausgewertet**. Die Werte für die Jahre 2013 bis 2022 stammen aus den Bundesrechnungsabschlüssen des Rechnungshofes, für die Jahre 2023 und 2024 wird mit den Bundesvoranschlägen des Finanzministeriums gearbeitet (jeweils Ergebnishaushalt).

## DER ALGORITHMUS

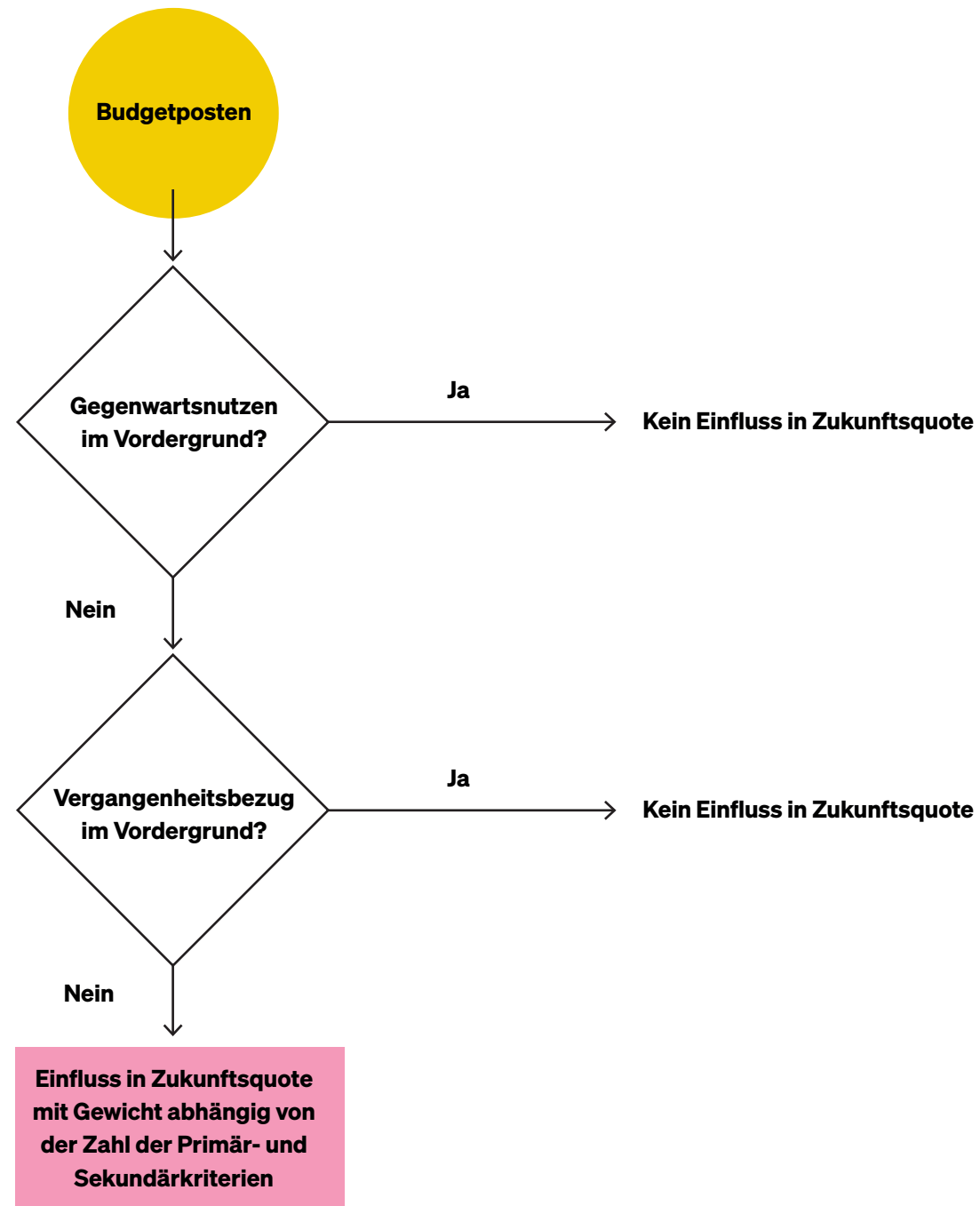
Der Bewertungsalgorithmus wurde weitgehend vom ZEW übernommen. In einem ersten Schritt wurde jedes Budgetkonto auf **zwei Ausschlusskriterien** geprüft. Steht bei einer Ausgabe klar der **Gegenwartsnutzen im Vordergrund**, fließt sie nicht in die Zukunftsquote ein. Beispiele dafür sind gegenwärtige öffentliche Güter wie das Justizsystem, die innere Sicherheit oder Ausgaben für Sport und Kultur.

In diese Kategorie fallen aber auch Sozialtransfers, Ausgaben für Gesundheit/Pflege oder Zuschüsse zum Pensionsystem. Eine Zukunftsorientierung liegt bei Sozialausgaben gemäß der Logik der Zukunftsquote nur vor, wenn sie beispielsweise primär der Arbeitsmarktintegration oder dem Bildungserfolg dient.

Das zweite Ausschlusskriterium liegt vor, wenn eine Ausgabe einen **eindeutigen Vergangenheitsbezug** hat. Beispiele dafür sind Zinszahlungen, Pensionsverpflichtungen im öffentlichen Dienst oder Kosten für kontaminierte Standorte (Altlastensanierung).

Alle Ausgaben, bei denen der unmittelbare Gegenwartsnutzen oder Vergangenheitsbezug nicht überwiegt, wurden in einem zweiten Schritt nach **vier Primär- und drei Sekundärkriterien** codiert. Die Primärkriterien tragen dem erwähnten erweiterten Kapitalbegriff Rechnung. Jeder für die Zukunftsquote relevante Budgetposten wurde also danach bewertet, ob die Ausgabe der Schaffung von technischem Wissen, Humankapital oder wachstumsrelevanter Infrastruktur dient oder einen Beitrag zur Erhaltung des Naturkapitals leistet.

Die drei Sekundärkriterien „besonders lange Nutzenverzögerung“, „positive Externalität/öffentliches Gut“ und „Hinweise auf besonders starke Wirkung“ sollen zusätzlich helfen, zukunftsgerichtete Ausgaben sichtbar zu machen.



PRIMÄRKRITERIEN	BESCHREIBUNG
<b>Technisches Wissen</b>	Dient diese Aufgabe der Schaffung technischen Wissens? Beispiele sind Förderprogramme für Forschung und Entwicklung.
<b>Humankapital</b>	Wird hierdurch Humankapital erzeugt oder gestärkt? Als Beispiele gelten insbesondere jegliche Ausgaben im Bildungsbereich, vor allem Mittel für die frühkindliche Bildung, aber auch Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie.
<b>Wachstumsrelevante Infrastruktur</b>	Wird hierdurch wachstumsrelevante Infrastruktur aufgebaut? Beispiele sind traditionelle Netzinfrastruktur wie Straßen und Schienen, aber auch modernere Infrastrukturen wie Glasfaserkabel, allgemeine Digitalisierungsmaßnahmen oder der Ausbau von 5G-Netzen.
<b>Beitrag zur Erhaltung des Naturkapitals</b>	Wird hierdurch ein Beitrag zur Erhaltung des Naturkapitals geleistet? Dabei geht es um Mittel, die einen Beitrag zur Transformation der Wirtschaft zur CO <sub>2</sub> -Neutralität leisten.

SEKUNDÄRKRITERIEN	BESCHREIBUNG
<b>Besonders lange Nutzenverzögerung</b>	Wird der Nutzen besonders weit in der Zukunft gestiftet? Dies ist z.B. bei Bildungsmaßnahmen im Grundschulalter oder Kindergarten, bei Ausgaben im Bereich Grundlagenforschung oder bei Klimaschutzmaßnahmen der Fall. Nicht aber beispielsweise bei Ausgaben für Universitäten, da die Absolvent:innen relativ bald in den Arbeitsmarkt kommen.
<b>Positive Externalitäten/öffentliches Gut</b>	Gibt es Hinweise auf positive Externalitäten oder ein öffentliches Gut? Dieses Kriterium beschreibt Ausgaben, die nicht nur jener Stelle oder Gruppe zugutekommen, an die die Mittel gehen, sondern die sich vor allem auch auf andere Wirtschaftsteilnehmer positiv auswirken. Ein Beispiel sind Forschungsprojekte, die technologische Spillover-Effekte in anderen Wirtschaftsbereichen auslösen.
<b>Hinweise auf besonders starke Wirkung</b>	Gibt es Hinweise auf eine besonders starke Wirkung? Dieses Kriterium wird vergeben, wenn es in der ökonomischen Literatur einen umfassenden Konsens gibt, dass die Wirkung einer bestimmten staatlichen Aktivität besonders stark ist. Als Beispiele gelten Ausgaben im Bereich frühkindliche Förderung.

### Zwei Varianten der Zukunftsquote

In einem nächsten Schritt wurde für die codierten Detailbudgets eine Gewichtung entsprechend eines 5-Stufen-Schemas ermittelt. **Jedes Konto fließt also mit 0, 25, 50, 75 oder 100 Prozent in die Zukunftsquote ein.** Auch hier wurde für diese Analyse das Modell des ZEW verwendet, das **zwei Varianten einer Zukunftsquote** berechnet hat.

In der „**weiten Variante**“ müssen weniger Kriterien erfüllt sein als in der „**engen Variante**“. Folgende Tabellen zeigen, wie viele Primär- und Sekundärkriterien für welche Gewichtung in den beiden Varianten erfüllt sein müssen. Alle Detailbudgets, bei denen der Gegenwartsnutzen dominiert oder bei denen es eine Vergangenheitsorientierung gibt, wurden automatisch mit 0 Prozent gewertet.



MINDESTANFORDERUNG PRIMÄRKRITERIEN	MINDESTANFORDERUNG SEKUNDÄRKRITERIEN	GEWICHTUNG WEITE VARIANTE
1	2	100%
1	1	75%
1	0	50%
0	1	25%
<u>übrige</u>		0%

MINDESTANFORDERUNG PRIMÄRKRITERIEN	MINDESTANFORDERUNG SEKUNDÄRKRITERIEN	GEWICHTUNG ENGE VARIANTE
2	2	100%
1	2	75%
1	1	50%
1	0	25%
<u>übrige</u>		0%

## BEREINIGUNGEN

Der verwendete Kontenplan weist in der Regel keine größeren Brüche auf, ist also grundsätzlich gut geeignet, um Entwicklungen im Zeitverlauf abbilden zu können. Rund um Pandemie und Teuerungskrise ist es aber zu beträchtlichen Sonderdotierungen auf einigen Konten gekommen, die eine unterschiedliche Codierung von Detailbudgets erforderlich gemacht haben.

So ist beispielsweise das Konto **43.01.05.00 „Klima und Energie“** grundsätzlich für die Zukunftsquote relevant (Beitrag zum Naturkapital, lange Nutzenverzögerung und positive Externalität). Ab 2022 wurden hier aber auch beträchtliche Mehrausgaben für **Klima- und Antiteuerungsboni** verbucht (2023 1,3 Milliarden, 2024 1,49 Milliarden). Da es sich dabei um aktuelle Finanzunterstützungen handelt, wurde dieses Konto gesplittet und die Ausgaben für die Boni wurden als gegenwartsbezogen codiert und fanden somit keinen Einfluss in die Zukunftsquote.

Ähnlich verhält es sich mit dem Konto **45.02.04.00 „Besondere Zahlungsverpflichtungen“**, auf dem für die Zukunftsquote relevante Ausgaben für internationale Entwicklungsfonds verbucht werden. Da hier ab 2022 aber auch **Energie- und Stromkostenzuschüsse** (2023 rund 2,7 Milliarden, 2024 573 Millionen) verbucht wurden, wurden diese Mittel ebenfalls als gegenwartsbezogene Finanzhilfen codiert und somit nicht für die Zukunftsquote berücksichtigt.

Die gleiche Logik wurde ab 2020 bei den Corona-Hilfen angewendet. Auf dem Konto **45.02.01.00 „Kapitalbeteiligungen“** sind auch im Budget 2024 noch rund 572 Millionen Euro für die COVID-19-Finanzierungsagentur des Bundes (COFAG) eingeplant.

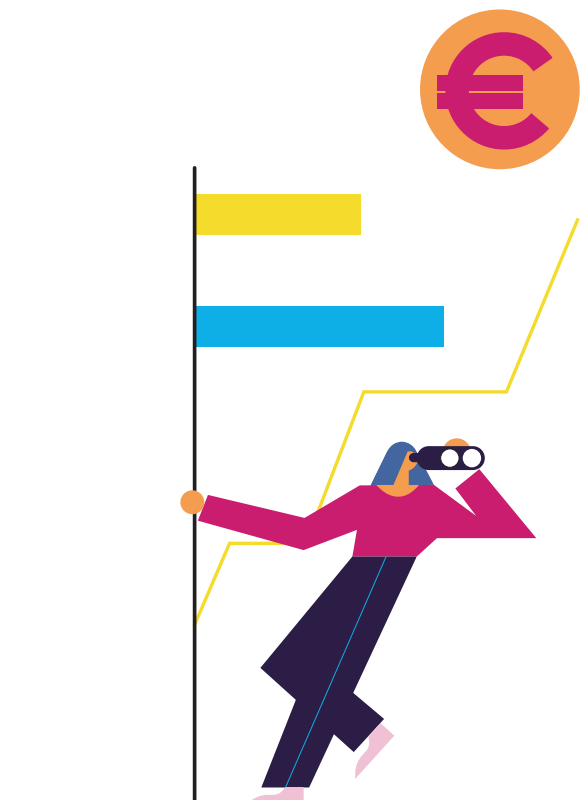
Und schließlich haben die **„Transfers an Länder und Gemeinden“** (Konto 44.01.04.00) gewisse Bereinigungen erforderlich gemacht. In den vergangenen Jahren wurden vom Bund mehrere Sonderbudgets für Investitionen der Gemeinden aufgelegt (Kommunalinvestitionsgesetze 2020 und 2023). Jene Investitionen, die für die Zukunftsquote relevant sind (**v.a. jene für Kindertageseinrichtungen, Kinderbetreuungsplätze, öffentlichen Verkehr, effizientere Straßenbeleuchtung, erneuerbare Energieerzeugungsanlagen, Kreislaufwirtschaft, Radverkehr**) wurden herausgerechnet und berücksichtigt, andere Transfers an Länder und Gemeinden blieben hingegen unberücksichtigt.

## DIE BERECHNUNGEN

### DIE ZUKUNFTSQUOTE 2024 SINKT WIEDER

#### Wie sehen nun die Ergebnisse für das Budget 2024 aus?

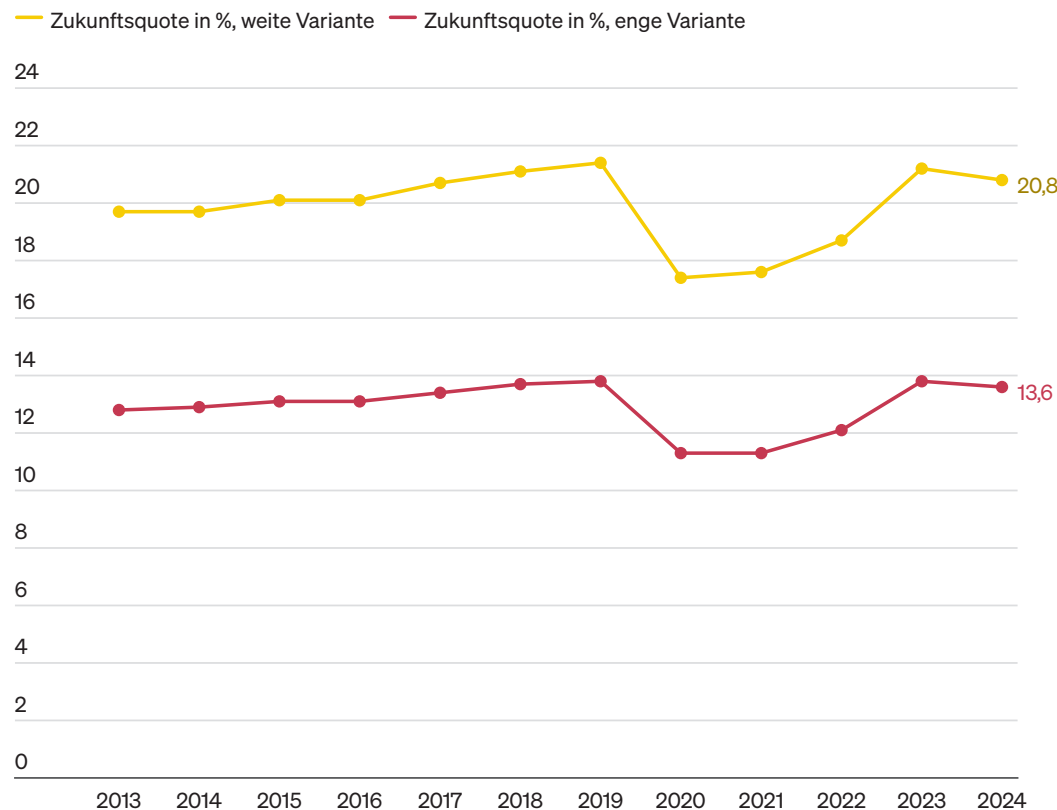
- Die Zukunftsquote für den Bundeshaushalt 2024 liegt noch immer unter dem Vor-Pandemie-Niveau. Österreich kämpft also noch immer mit den Folgen der „Koste es, was es wolle“-Politik, die ab 2020 propagiert wurde und in vielen Bereichen dazu geführt hat, dass Ausgaben nicht ausreichend auf Sinnhaftigkeit und Effizienz geprüft werden.
- In der **weiten Variante liegt die Zukunftsquote 2024 bei 20,8 Prozent**. Im Vergleich zu 2023 (21,2 Prozent) bedeutet das also einen leichten Rückgang. Sie ist damit auch weiterhin niedriger als in den Vor-Pandemiejahren. In der **engen Variante geht die Zukunftsquote von 13,8 Prozent im Jahr 2023 auf 13,6 Prozent im Jahr 2024** zurück.





## Die Zukunftsquote geht 2024 wieder etwas zurück

Prozentsatz des Bundesbudgets, der für zukunftsgerichtete Bereiche ausgegeben wird



Quelle: Eigene Berechnungen, BMF, Neos Lab

## NICHT-ZUKUNFTSGERICHTETE KOSTENTREIBER

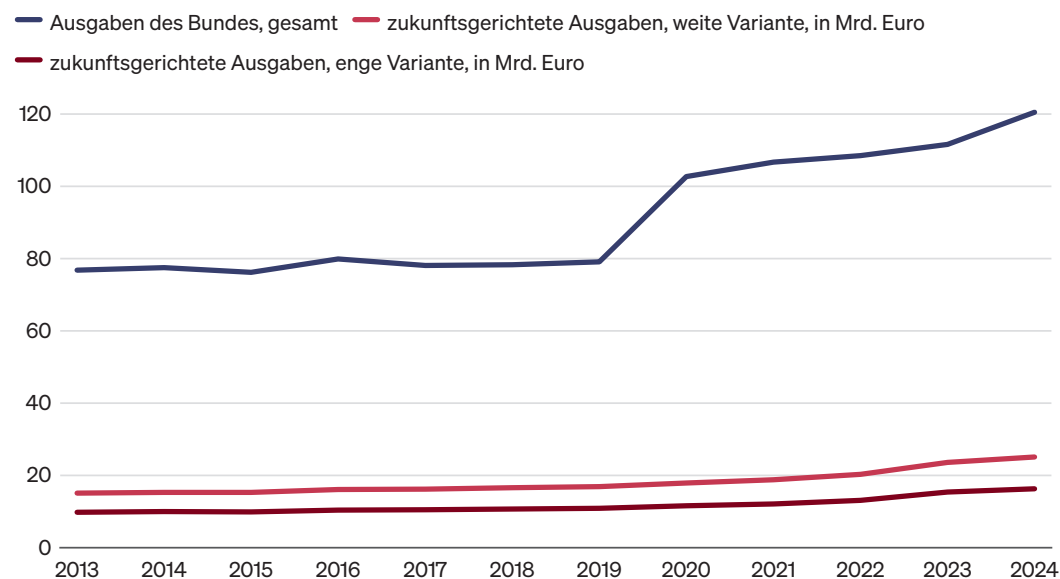
- Die zentralen Gründe, warum die Zukunftsquote 2024 wieder zurückgeht, sind schnell erklärt. Zwar steigen die **zukunftsgerichteten Ausgaben absolut deutlich an (in der weiten Variante von 23,6 Milliarden Euro im Jahr 2023 auf 25,1 Milliarden im Jahr 2024)**, da aber die Ausgaben insgesamt noch stärker steigen (von 111,6 Milliarden auf 120,5 Milliarden Euro), sinkt die Zukunftsquote. Sie ist schließlich ein Prozentsatz der Gesamtausgaben.
- Allein die Ausgaben in den Budget-Untergliederungen UG 22 (Pensionsversicherung) und 23 (Beamtenpensionen) sind in den **letzten fünf Jahren um 52 Prozent auf 29,5 Milliarden Euro** gestiegen. Da es sich dabei aber nach der Logik der Zukunftsquote klar um vergangenheitsorientierte Ausgaben handelt, fließen diese nicht in die Zukunftsquote ein.
- Auf dem Konto 44.01.04.00 „**Transfers an Länder und Gemeinden**“ spiegelt sich die **Grundsatzreinigung auf einen neuen Finanzausgleich** wider. Vor 2019 waren in diesem Bereich noch 413 Millionen Euro vorgesehen, 2024 werden es fast **2,5 Milliarden Euro** sein. Nur ein Teil davon, der für ökologische Investitionen oder den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen ausgegeben wird (siehe weiter oben), ist zukunftsgerichtet.
- Zu Mehrausgaben von einer weiteren Milliarde führt der Finanzausgleich auf dem Konto 24.02.02.00 „**Abgeltung Zahlungen Familienlastenausgleichsfonds, Primärversorgung**“. Hier werden Mittel verbucht, die der Bund den Ländern und Gemeinden zusätzlich für

den **niedergelassenen Bereich sowie zur Stärkung des spitalsambulanten Bereichs** zur Verfügung stellt. Natürlich sind derartige Ausgaben nicht per se schlecht oder unnötig, gemäß der Logik der Zukunftsquote handelt es sich aber klar um Ausgaben, bei denen der Gegenwartsnutzen im Vordergrund steht.

- Der hohe Schuldenberg und das hohe Defizit führen dazu, dass die **Zinskosten** nach dem Ende der Nullzinspolitik der EZB weiter kräftig zulegen. Im Ergebnishaushalt, der für diese Berechnungen verwendet und in dem eine periodengerechte Zuordnung von Zinszahlungen und Emissionsdisagien vorgenommen wird, fällt die Steigerung zwar nicht so stark aus wie im Finanzierungshaushalt, dennoch klettern die Ausgaben auf dem Konto 58.01.01.00 „**Finanzierungen, Währungstauschverträge, Wertpapiergebarung**“ auf **5,6 Milliarden Euro**. Gegenüber 2023 bedeutet das einen Anstieg um 1,2 Milliarden Euro, im Vergleich zu 2022 beträgt das Plus sogar 2,4 Milliarden Euro.

## Vergleich Gesamtausgaben und Ausgaben für zukunftsgerichtete Projekte

in Milliarden Euro



Quelle: Neos Lab, eigene Berechnungen

## DIE GRÖSSTEN POSTEN DES ZUKUNFTSBUDGETS

Im Folgenden ein Überblick über große Posten, die Eingang in die Zukunftsquote 2024 gefunden haben und Teil der zukunftsgerichteten Ausgaben von insgesamt 25,1 Milliarden Euro in der weiten Variante sind (wir beschränken uns hier auf die weite Variante). Es handelt sich also nicht um die Gesamtausgaben in diesen Bereichen laut Bundesvoranschlag, sondern um jenen Anteil, der sich aus dem Algorithmus ergibt (d.h. 25, 50, 75 oder 100 Prozent der Gesamtausgaben):

➤ Der größte Einzelposten des Zukunftsbudgets sind die Ausgaben für die **Pflichtschulen** (Konto 30.02.01.00, 100 Prozent Berücksichtigung) mit **5,2 Milliarden Euro**. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das aber nur ein Plus von 2,3 Prozent, und auch im Vergleich zum Vorkrisenjahr 2019 werden diese Ausgaben unter der Inflation steigen (das Plus bei den Pflichtschulen beträgt seit 2019 26,7 Prozent, die Inflation wird für diesen Zeitraum (laut aktueller OeNB-Prognose) 27,3 Prozent betragen).

Real ebenfalls gesunken sind die Ausgaben für die **AHS** (Konto 30.02.02.00, 50 Prozent Berücksichtigung), die 2024 mit **931,8 Millionen Euro** in das Zukunftsbudget eingeflossen sind. Das entspricht einem Plus von 1,9 Prozent im Vergleich zu 2023 und einem Plus von 26,6 Prozent im Vergleich zu 2019. Bei den **Berufsbildenden mittleren und höheren Schulen** (Konto 30.02.05.00, 50 Prozent Berücksichtigung) sieht das Bild ähnlich aus. Im Vergleich zu 2023 steigt das in die Zukunftsquote einfließende Budget um

1,0 Prozent auf **879,6 Millionen Euro**, seit 2019 hat es um 25,6 Prozent zugelegt.

➤ Der zweitgrößte Einzelposten für die Zukunftsquote ist das Konto 41.02.02 **Schiene** (50 Prozent Berücksichtigung) mit 2,4 Milliarden Euro. Auf diesem Konto sind vor allem die Zuschüsse an die ÖBB-Infrastruktur AG für den Betrieb und die Bereitstellung von Schieneninfrastruktur sowie Zuschüsse für andere Bahnprojekte verbucht werden. Hier gibt es aber eine Besonderheit zu beachten. Im Ergebnishaushalt kommt es wegen der Annuitätzuschüsse an die ÖBB und die bei diesen Berechnungen hinterlegten Zinsannahmen immer wieder zu erheblichen Veränderungen, ohne dass sich die Investitionen in die ÖBB Infrastruktur dramatisch verändern.

Nicht zuletzt wegen der Zinswende sind die Gesamtausgaben im Ergebnishaushalt binnen zwei Jahren von 3,4 Milliarden Euro 2022 auf 9,6 Milliarden im Jahr 2024 gestiegen. Um derart enorme zinsbedingte Veränderungen (Zinskosten sind gemäß der Logik der Zukunftsquote keine Zukunftsausgaben) bei den Berechnungen der Zukunftsquote zu vermeiden, wurden bei diesem Detailbudget die Werte laut Finanzierungshaushalt genommen. Da die geplanten Investitionen laut ÖBB-Rahmenplan höher sind als die aktuell veranschlagten ÖBB-Zuschüsse, wurde die Differenz aus Rahmenplan und veranschlagten Zuschüssen für die Jahre 2023 und 2024 auf den Wert laut Finanzierungshaushalt draufgeschlagen. Bei diesen Annahmen gibt es aber gewisse Unsicherheiten. In der Vergangenheit

haben die Werte laut Bundesrechnungsabschluss teils erheblich von den Voranschlägen abgewichen.

Der drittgrößte Einzelposten sind die Universitäten (Konto 31.02.01.00, 50 Prozent Berücksichtigung) mit 2,33 Milliarden Euro. Im Vergleich zu 2023 bedeutet das ein Plus von 4,6 Prozent. Seit 2019 sind diese Ausgaben auch stärker als die Inflation gestiegen (plus 34,3 Prozent). Das Budget für Fachhochschulen (Konto 31.02.02.00, 50 Prozent Berücksichtigung) ist in den vergangenen fünf Jahren sogar um fast 50 Prozent gestiegen und fließt 2024 mit 239,6 Millionen Euro in die Zukunftsquote in der weiten Variante ein.

► Deutlich aufgestockt wurde das Budget für „**Umweltförderungen im Inland**“ (Konto 43.01.02.00, 75 Prozent Berücksichtigung), über das unter anderem die ökologische Transformation der Industrie unterstützt werden soll und das mit **knapp einer Milliarde Euro in die Zukunftsquote einfließt**.

Abzuwarten bleibt aber, ob die Mittel tatsächlich abgerufen werden. Schon in den vergangenen Jahren waren Detailbudgets des Umweltministeriums teils deutlich überbudgetiert (siehe weiter unten).

► Das **Klimaticket** (Konto 41.03.01.00, 50 Prozent Berücksichtigung) fließt mit **398 Millionen Euro** in das Zukunftsbudget in der weiten Variante ein, in ähnlicher Größenordnung schlagen die **Klima- und Energiefonds** in den UGs 41 und 43 zu Buche.

► Die Ausgaben für „**Elementarpädagogik**“ (Konto 30.01.09.00, 100 Prozent Berücksichtigung) machen **200 Millionen Euro** des Zukunftsbudgets aus. Im langjährigen Vergleich sind diese Ausgaben zwar deutlich gestiegen, im Vergleich zu 2023 (247,7 Millionen) gibt es aber wieder einen Rückgang.

Insgesamt haben knapp 9 Prozent der Gesamtausgaben eine 100-prozentige Berücksichtigung im Zukunftsbudget in der weiten Variante gefunden. Gut 79 Prozent fanden keinen Einfluss, sind also vergangenheits- oder gegenwartsorientiert, wie die folgende Übersicht zeigt.

## Überblick: Zusammensetzung der Zukunftsquote 2024

Gewichtung	Mindestanforderung Primärkriterien	Mindestanforderung Sekundärkriterien	Anteil am Bundeshaushalt
<b>Weite Variante</b>			
100%	1	2	<b>8,6%</b>
75%	1	1	<b>3,2%</b>
50%	1	0	<b>8,5%</b>
25%	0	1	<b>0,0%</b>
0%	übrige		<b>79,2%</b>
<b>Enge Variante</b>			
100%	2	2	<b>1,7%</b>
75%	1	2	<b>5,2%</b>
50%	1	1	<b>2,1%</b>
25%	1	0	<b>4,3%</b>
0%	übrige		<b>86,4%</b>

## RISIKO NEUERLICHER ENERGIEKRISE

**Für den Fall, dass sich die Energiekrise wieder verschärfen sollte, sind im Budget 2024 Ermächtigungen zur Budgetüberschreitung im Ausmaß von 3,6 Milliarden Euro vorgesehen.**

- 1,6 Milliarden Euro in der UG43 Klima, Umwelt und Energie für „Maßnahmen zur Sicherstellung der Energieversorgung“.
- 1,5 Milliarden in der UG40 Wirtschaft für „Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz und Kompensation von energieintensiven Unternehmen, die von außerordentlichen Preissteigerungen bei Energiekosten besonders betroffen sind“.
- 0,5 Milliarden in der UG 45 Bundesvermögen für „Maßnahmen zur Entlastung von natürlichen Personen durch Sicherstellung einer leistbaren Stromversorgung“.

Sollten diese Ermächtigungen tatsächlich in Anspruch genommen werden müssen, würde das die Gesamtausgaben weiter wachsen lassen, und die Zukunftsquote würde noch stärker sinken, weil bei derartigen Antiteuerungsmaßnahmen klar der Gegenwartsnutzen im Vordergrund steht. In der weiten Varianten läge die Zukunftsquote dann nur mehr bei 20,2 Prozent.

## WERTE 2022 ETWAS NIEDRIGER

**Wie beschrieben, liegen mittlerweile finale Zahlen aus dem Bundesrechnungsabschluss des Rechnungshofes für das Jahr 2022 vor. Gegenüber ersten Berechnungen aus dem Vorjahr fiel die Zukunftsquote für dieses Budgetjahr nun etwas niedriger aus. In der weiten Variante wurden demnach 18,7 Prozent der gesamten Ausgaben für zukunftsorientierte Bereiche ausgegeben (statt ursprünglich 19,5 Prozent).**

Ausschlaggebend dafür war, dass es bei einigen Budgetposten größere Abweichungen vom ursprünglichen Budgetvoranschlag gab:

- Für die **Cofag** (Konto 45.02.01.00) und den **Covid-19-Krisenbewältigungsfonds** (45.02.06.00) wurden am Ende **4,8 Milliarden Euro mehr ausbezahlt als zunächst veranschlagt**. Beim Konto 24.01.01.00 „**e-health und Gesundheitsgesetz**“ (**Epidemiegesetz**) lag die **Überschreitung bei 1,6 Milliarden Euro**. Das sind also alles Ausgaben, die die Gesamtausgaben deutlich erhöht haben, aber allesamt keine Zukunftsausgaben gemäß der Logik der Zukunftsquote sind.
- Umgekehrt lagen einige Bildungs- und Forschungsausgaben am Ende deutlich unter dem Voranschlag. Für **Universitäten** (Konto 31.02.01.00) wurde um **147 Millionen weniger als gedacht** ausgegeben, bei der **AHS-Sekundarstufe I** (Konto 30.02.02.00) waren es **114,3 Millionen**, bei den **Pflichtschulen Primar- und Sekundarstufe I** (Konto 30.02.01.00) **84,6 Millionen** und bei den **Berufsbildenden mittleren und höheren Schulen** (Konto 30.02.05.00) **72 Millionen Euro**.

- Und schließlich wurde, wie weiter oben erwähnt, auch das **Budget für Umweltförderungen** bei weitem nicht ausgeschöpft – nicht das erste Mal. Budgetiert waren für 2022 insgesamt 764 Millionen Euro, tatsächlich ausbezahlt wurden schließlich nur 423,7 Millionen Euro. Die Rücklagen des Ressorts sind deshalb über die Jahre deutlich angewachsen – in der UG 43 Klima/ Umwelt sind es mittlerweile 1,55 Milliarden, in der UG 41 Mobilität weitere 1,6 Milliarden.

## HÖHERE AUSGABEN 2023

**Kleine Korrekturen wurden auch gegenüber dem Bundesvoranschlag 2023 vom Herbst letzten Jahres vorgenommen.**

- So würde heuer im Sommer eine neue Überschreitungsermächtigung „im Zusammenhang mit Maßnahmen des **Anti-Teuerungspakets für Familien**“ von der Regierung angekündigt. Die Auszahlungen auf diesem Konto dürfen nun **um 140,5 Millionen Euro** höher ausfallen. Da es um zusätzliche Zahlungen für Sozial- und Mindestsicherungsbezieher geht, haben diese Mittel einen klaren Gegenwartsbezug, erhöhen also die Gesamtausgaben, nicht aber die zukunftsgerichteten Ausgaben.
- Weiters wurden bis Ende des 2. Quartals vom Finanzministerium Überschreitungen in der UG45 Bundesvermögen in Höhe von **400 Millionen Euro zur Dotierung des Covid-19-Krisenbewältigungsfonds** und in der UG43 Klima, Umwelt, Energie in Höhe von **100 Millionen Euro für Maßnahmen zur Sicherstellung der Energieversorgung (Stromverbrauchsreduktionsgesetz)** genehmigt. Diese Mehrausgaben sind aber ebenfalls keine Zukunftsausgaben.

Die aktualisierten Werte sehen nun folgendermaßen aus: In der **weiten Variante liegt die Zukunftsquote für 2023 jetzt bei 21,2 Prozent** (statt ursprünglich 21,1), in der **engen Variante bleibt sie bei 13,8**.

## DER VERGLEICH MIT DEN ZEW-WERTEN FÜR DEUTSCHLAND

Das ZEW hat seine Berechnungen für den deutschen Bundeshaushalt nur in einer ersten Studie 2021 für die Haushaltsjahre 2019 und 2021 durchgeführt. Seither wurde keine Aktualisierung der Studie durchgeführt.

Ein Vergleich für die Jahre 2022 bis 2024 ist daher vorerst nicht möglich.

### Vergleich Deutschland-Österreich

#### Zukunftsquoten des ZEW für den deutschen Bundeshaushalt

	2019	2021
Weite Variante	18,3	17,0
Enge Variante	15,0	13,9

#### Zukunftsquoten des Neos Lab für den österreichischen Bundeshaushalt

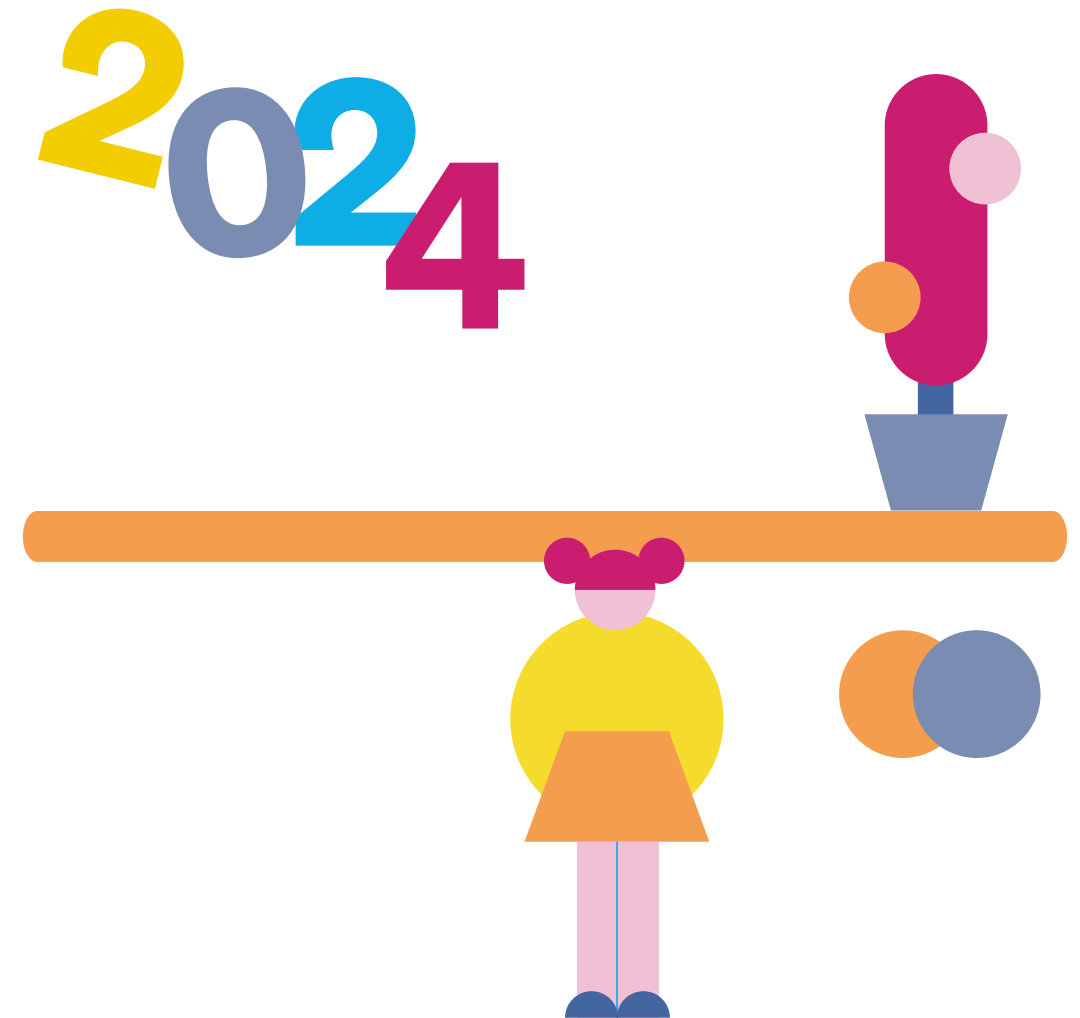
	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Weite Variante	21,4	17,4	17,6	18,7	21,2	20,8
Enge Variante	13,8	11,3	11,3	12,1	13,8	13,6

## EMPFEHLUNGEN

- **Zukunftsquote als Messlatte: Politik sollte nicht primär darauf ausgerichtet sein, die Wünsche und Forderungen einzelner, mächtiger Lobbygruppen umzusetzen, indem (häufig kurz vor Wahlen) Geldleistungen verteilt werden.** Damit die Gegenwartsverzerrung („present bias“) in der Haushaltspolitik nicht zu stark wird, sollte die Zukunftsquote (oder ein vergleichbarer Indikator) künftig bei der Budgeterstellung mitgedacht werden. Die jeweils Regierenden könnten sich eine Zielmarke für zukunftsgerichtete Ausgaben setzen. Nach heutigem Stand sollte die Zukunftsquote auf zumindest 25 Prozent (weite Variante) angehoben werden. Eine weitere Möglichkeit wäre ein Generationencheck für alle Gesetze.
- **Ausgabenbremse: Nach wie vor gelingt es nicht ausreichend, vernünftige Budgetpolitik zu betreiben.** Gute Konjunkturphasen werden nicht genutzt, um Überschüsse und somit Rücklagen für Abschwungphasen zu erwirtschaften. Vielmehr gibt es eine Tendenz, die erlaubten Defizitgrenzen im gesamten Verlauf von Konjunkturzyklen auszuschöpfen. Auch das Budget 2024 geht so vor. Eine weitere Tendenz besteht darin, strukturelle Reformen in die Zukunft zu verschieben. Internationale Vorbilder (vgl. Oswald/Sustala) zeigen, dass eine strenge Ausgabenbremse bewirkt, dass Strukturreformen eingeleitet und so die Spielräume für Entlastungen und niedrigere Schulden geschaffen werden.
- **Disziplin: Eine Politik nach dem Motto „Koste es, was es wolle“, die in den vergangenen Jahren praktiziert wurde, ist Garant für einen Crash.** Wenn öffentliche Gelder wenig zielgerichtet und überschießend vergeben werden, wie das laut Rechnungshof bei den Corona-Hilfen der Fall war, untergräbt das das Vertrauen der Bürger:innen in den Staat und ist nicht dazu angetan, die Steuermoral zu heben.
- **Wachstumsfreundliche Reformen: Ein starker, gut ausgebauter Sozialstaat kann nur erhalten werden, wenn alle Wachstumsmöglichkeiten bestmöglich genutzt werden.** Ein besseres Angebot bei der Kinderbetreuung kann etwa einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die Frauenerwerbsquote sowie generell die Karrierechancen von Frauen zu verbessern. Investitionen in diesen Bereich haben also eine hohe Umwegrentabilität. Ebenso können Maßnahmen für mehr Energiesicherheit und die grüne Transformation für mehr Wachstum sorgen, und eine Deregulierungskampagne kann die Aussicht für Unternehmensgründungen und -wachstum verbessern.

➤ **Nicht zuletzt wegen der ehrgeizigen Emissionsreduktionsziele, die sich die EU-Staaten gesetzt haben, wird eine deutliche Steigerung an grünen Investitionen nötig sein.** Um die Mittel dafür bereitstellen zu können, dürfen die Ausgaben in anderen Bereichen nicht überhandnehmen. Eine effektive Ausgabenbremse nach schwedischem Vorbild (siehe oben) könnte helfen, dieses Ziel zu erreichen. Seit einer schweren Schuldenkrise in den 1990er Jahren sieht das Haushaltsrecht in dem skandinavischen Land vor, dass Ausgabenobergrenzen für den Bund sowie das Pensionssystem drei Jahre im Vorhinein festgelegt werden müssen. Nur in klar definierten Ausnahmefällen, etwa einem Wirtschaftseinbruch, kann von den Obergrenzen abgewichen werden.

➤ **Die überraschend schnell herbeigeführte Zinswende und die damit verbundenen steigenden Zinskosten für die Staaten bestätigen einmal mehr, wie wichtig eine nachhaltige Budgetpolitik ist.** Wer seine Hausaufgaben in guten Zeiten erledigt, hat entsprechenden fiskalischen Spielraum für schlechtere konjunkturelle Zeiten. Fiskalregeln, die tatsächlich eingehalten werden, helfen dabei, die Folgen von Krisen deutlich abzumildern.



# LITERATURVERZEICHNIS

**NEOS Lab** (2022): Eine Zukunftsquote für Österreich.  
Policy Brief.

**BMF** (2023): Budget 2024.

**Oswald, G., Sustala, L.** (2023): Wie Europa von den Schulden runterkommt. Ein liberaler Weg. Policy Brief von NEOS Lab und ELF.  
[https://www.neos.eu/\\_Resources/Persistent/fc62841b840fe424c89a84c07aefa0fce7f27e46/ELF-22-MI-30-NL-DE.pdf](https://www.neos.eu/_Resources/Persistent/fc62841b840fe424c89a84c07aefa0fce7f27e46/ELF-22-MI-30-NL-DE.pdf)

**Statistik Austria:** Staatsausgaben nach Aufgabenbereichen (COFOG).  
<https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/staatsausgaben-nach-aufgabenbereichen>

**ZEW:** Studie zur Einführung einer Zukunftsquote (2021).  
<https://www.zew.de/forschung/projekte/studie-zur-einfuehrung-einer-zukunftsquote>





**IMPRESSUM:**

NEOS Lab – Das liberale Forum

Am Heumarkt 7/2/1

1030 Wien

Österreich